

# **Standortfaktor Umwelt**

**- Ziele, Voraussetzungen und Beispiele  
einer ökologisch orientierten  
Wirtschaftspolitik in den Städten -**

## **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Seite</b>
<b>I. Einführung</b>	<b>3</b>
<b>II. Ziele des kommunalen Umweltschutzes</b>	<b>3</b>
<b>III. Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung</b>	<b>4</b>
<b>IV. Ziele einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik in den Städten</b>	<b>4</b>
<b>V. Voraussetzungen für eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Städten</b>	<b>5</b>
<b>VI. Standortfaktor Umwelt</b>	
<b>- Beispiele für Kooperationsprojekte Wirtschaft/Stadt -</b>	<b>7</b>
– Stadt Freiburg	<b>7</b>
– Stadt Heidelberg	<b>11</b>
– Stadt Düsseldorf	<b>12</b>
– Stadt Braunschweig	<b>14</b>
– Stadt Magdeburg	<b>15</b>
– Stadt Duisburg	<b>16</b>
– Stadt München	<b>17</b>
– Stadt Erfurt	<b>20</b>
– Stadt Essen	<b>24</b>
– Stadt Osnabrück	<b>29</b>
– Stadt Augsburg	<b>31</b>
– Stadt Wuppertal	<b>33</b>

## **I. Einführung**

Die Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit ist zurzeit eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Hierzu ist es auch insbesondere auf der kommunalen Ebene notwendig, die wirtschaftlichen Grundlagen für die örtlichen Unternehmen zu sichern und entsprechende Voraussetzungen für den Bestand an Unternehmen sowie für Neuan-siedlungen/Neugründungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang wird von Teilen der Wirtschaft und der Politik der Umweltschutz häufig als Investitionshemmnis gesehen und mit einem Anstieg der Betriebskosten sowie mit strikten Vorgaben für den Betrieb des Unternehmens verbunden. Deshalb mehren sich nicht nur auf der kommunalen, sondern auf der Bundes- und Länderebene die Forderungen nach einem Abbau dieser staatlicher Vorgaben zur Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung. In erster Linie geht es dabei allerdings darum, den diesbezüglichen bürokratischen Aufwand zu redu-zieren und damit die Dauer der Genehmigungsverfahren zu verkürzen, ohne sinnvolle Umweltschutzziele zu gefährden. Der nachhaltige Schutz der Umwelt kann nämlich für die Städte und die dort ansässigen Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor sein. Dar-über hinaus sichert eine zukunftsorientierte Umweltpolitik bedeutende Wachstums-märkte der Zukunft und schafft neue Arbeitsplätze. Viele Unternehmen nutzen inzwi-schen den betrieblichen Umweltschutz als effektives Mittel zur Kostensenkung und da-mit zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus gewinnt die Produktion von Umweltgütern zunehmende Bedeutung in Deutschland - einige Kommunen haben sich gerade in dem Bereich "Umweltwirtschaft" spezialisiert und stärken damit den Wirtschaftsstandort Stadt. Nicht selten lösen auch gezielte lokale Förderprogramme eine Investitions-Anschubwirkung aus. Dies können kleinere und mittlere Unternehmen wie z.B. Handwerksbetriebe stabilisieren und Arbeitsplätze schaffen oder zumindest si-chern. Vorsorgender Umweltschutz und Innovationsförderung im Bereich der Ökologie können sich deshalb gut ergänzen. Eine intakte Umwelt ist somit nicht nur für die Si-cherung der Lebensqualität in unseren Städten unabdingbar, sie nutzt auch der Wirt-schaft und kann zu mehr Beschäftigung führen.

## **II. Ziele des kommunalen Umweltschutzes**

Die Städte haben zahlreiche Aufgaben im Bereich Umweltschutz zu erfüllen. Im Vor-dergrund steht dabei neben der Gefahrenabwehr vor allem die Vorsorge und die Umset-zung von entwickelten Konzepten. Folgende Schwerpunkte kommunaler Umwelt-schutzpolitik spielen hierbei eine besondere Rolle:

- Mitgestaltung einer nachhaltigen Stadtentwicklung;
- Erhaltung und Förderung der menschlichen Gesundheit, der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Leistungsfähigkeit der Naturgüter;
- Vorsorge und Schadensbeseitigung zum Schutz von Menschen, Tieren, Pflanzen, Luft, Wasser, Boden sowie von Kultur- und sonstigen Sachgütern vor einwirkenden Schadstoffen, Luftverunreinigungen, Geräuschen, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen u. ä. vor schädlichen Umwelteinwirkungen (s. Deutscher Städtetag, Positi-onspapier Kommunaler Umweltschutz, Umdruck-Nr.: U 5291).

### **III. Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung**

Die kommunale Wirtschaftsförderung verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

- Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- Schaffung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und eines guten Wirtschaftsklimas sowie
- Sicherung der Finanzkraft der Kommunen.

Um diese Ziele zu erreichen, beschäftigt sich die Wirtschaftsförderung schwerpunktmäßig mit den Aktionsfeldern:

- Sicherung und Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur,
- Sicherung und Pflege des Gewerbebestandes (ca. 90 % der Entwicklung kommt aus dem Bestand) und
- Förderung von Neugründungen und Ansiedlungen

Der Bereich der branchenorientierten Wirtschaftsförderung (Technologieförderung/Technologietransfer, Clustermanagement, Netzwerkarbeit) hat in diesen Aktionsfeldern in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Immer wichtiger wird darüber hinaus das Krisenmanagement, d. h. die Korrektur von Unternehmensschieflagen, Abwendung von Insolvenzen, Unternehmensnachfolgeregelungen, Betriebsübernahmen oder der Zugang zum Risikokapital. Neben der Sicherung und Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur werden die sog. "weichen" Standortfaktoren (Wohnen, Schule, Kultur, lebenswerte Umwelt etc.) immer bedeutsamer (siehe ausführlicher im Extranet des Deutschen Städtetages Hinweise zur Kommunalen Wirtschaftsförderung, Umdruck Nr. V 6305).

### **IV. Ziele einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik in den Städten**

Eine effektive ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Städten stellt eine sinnvolle Verbindung von kommunaler Umwelt- und Wirtschaftspolitik dar. So trägt eine stetige Verbesserung der gegenwärtigen Umweltsituation nicht nur zu einem nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei, sondern sichert und schafft auch Arbeitsplätze. So können z. B. durch die Sanierung kontaminierten Böden in den Städten wertvolle Flächen für Neuansiedlungen geschaffen werden. Unternehmen, die an Standorten mit hoher Umweltqualität ihren Betriebssitz haben, können am Markt über Wettbewerbsvorteile verfügen. Gerade hochqualifizierte Arbeitskräfte berücksichtigen bekanntermaßen bei ihrer Arbeitsplatzsuche auch die vorherrschenden Umweltbedingungen. Bestimmte Wirtschaftsbranchen sind auf Reinluftgebiete angewiesen oder können Kosten für entsprechende technische Vorkehrungen sparen. Die Erbringung umweltorientierter Dienstleistungen oder die Erstellung von Umweltschutzprodukten schafft darüber hinaus Arbeitsplätze und stärkt damit nachhaltig den Wirtschaftsstandort Stadt.

## V. Voraussetzungen für eine ökologisch-orientierte Wirtschaftspolitik in den Städten

Ende der 90er Jahre hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) das Projekt "Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Städten" durchgeführt. Ziel der Untersuchung war es, gemeinsam mit fünf Städten Ansatzpunkte, Instrumente und Chancen einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik auf der kommunalen Ebene zu erfassen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden Voraussetzungen formuliert, die zwar insgesamt für die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind, für die Etablierung einer spezifisch ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik aber eine besondere Bedeutung haben. Es werden folgende Voraussetzungen für eine solche Politik in den Städten dargestellt:

### *Politische Unterstützung einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik*

Die Politik bestimmt den Handlungsrahmen einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik, die Verwaltung füllt die ökologischen Ziele aus und implementiert die ökologisch orientierten Handlungsansätze. Voraussetzung dafür sind eine Interessenkongruenz und die Erwartung gemeinsamer Nutzeffekte aus der Verbindung von ökonomischen und ökologischen Zielen.

### *Offenheit für Innovationen*

Innovationen kommt im Prozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung eine strategische Funktion zu. Die Konzentration auf den Innovationsfaktor Technologie, den verschiedene Studien für die Bundesrepublik Deutschland feststellen, wird nicht mehr ausreichend sein. Zunehmend werden weiche Innovationsfaktoren wie Organisation, Qualifikation, Kommunikation und Verhaltensstile wichtig. Eng damit zusammen hängen institutionelle Innovationen, das heißt neue Regeln (zum Beispiel ein Umweltraahmenplan) und Organisationsformen (regionale Netze, Runde Tische), die den Wirtschaftsprozess in neue Bahnen lenken. Kommunale Aufgabe ist es, für die Entfaltung dieser Potentiale in der Kommune die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

### *Kooperationen und Netzwerke*

Die Handlungsansätze einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik basieren in der Mehrzahl auf der Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Dabei haben oft Leitbilder oder Leitlinien eine wichtige zusammenführende Funktion. Im Schnittfeld Wirtschaft und Umwelt ist es besonders wichtig, dass Leitvorstellungen konkret und umsetzungsorientiert sind, da neben langfristigen Perspektiven zunächst praktische Erfolge, die die Sinnhaftigkeit des Themas dokumentieren, erforderlich sind. Diskursive, kooperative Prozesse sind heute in der kommunalen Praxis in vielen Bereichen an der Tagesordnung. Diskussionsprozesse, die in einem Kreis nicht aufeinander "eingespielter" Akteure stattfinden, können durch das Hinzuziehen eines Moderators, der die Diskussion leitet und zugleich eine Funktion als fachlicher Experte und Berater übernimmt, einen positiven Impuls bekommen.

### *Personen/Persönlichkeiten*

Wie erfolgreich das Anstoßen eines neuen Handlungsfeldes ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik sein kann, hängt auch davon ab, ob es gelingt, Meinungsführer und Entscheidungsträger, motivierte Mitarbeiter der Verwaltung, Akteure, die über ideelles En-

gement hinaus finanzielle oder personelle Ressourcen beisteuern, aber auch engagierte Vertreter gesellschaftlicher Gruppen zur Mitarbeit zu gewinnen.

#### *Projektorientierung/Projektmanagement*

Für die Motivation der Beteiligten, gerade der wirtschaftlichen Akteure, ist es wichtig, dass in akzeptablen Fristen konkrete Ergebnisse erzielt werden. Dies setzt ein Projektmanagement mit straffer zeitlicher und ergebnisorientierter inhaltlicher Steuerung voraus. Sind die Vorgaben konkret formuliert, können die Projekte im Prozess des Controlling kontinuierlich auf ihre Fortschritte, auf das Erreichen der angestrebten Ziele in einem festgelegten Zeithorizont und auf die Finanzierung hin geprüft und optimiert werden.

#### *Gemeinsame Sprache und Denkweise von Wirtschafts- und Umweltakteuren fördern*

Eine weitere wichtige Voraussetzung einer Zusammenarbeit besteht darin, eine "gemeinsame Sprache" zu sprechen und zu einer ähnlichen Denkweise zu gelangen. Beide Seiten - Wirtschaft und Umwelt - sind gefordert, sich stärker in die jeweils andere Sprache "einzuhören", um eigene Interessen und Ziele deutlich zu machen und die Chancen auf deren Durchsetzung zu erhöhen.

#### *Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit*

Die Vermittlung der Aktivitäten ist ein grundlegender Faktor, um das Thema einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik "voranzubringen". Dabei geht es sowohl um die Darstellung nach innen, als auch um die Vermittlung nach außen. Stadtintern stehen dabei mehr Transparenz und Vernetzung im Vordergrund. Nach außen sollte ein positiver Imageeffekt aus Aktivitäten der Stadt und der dort ansässigen Unternehmen nicht zufällig entstehen, sondern ebenfalls Teil einer Strategie sein. Dies gilt um so mehr, wenn für eine Stadt Imagewirkungen nicht nur "Nebeneffekte" sind, sondern beabsichtigt ist, den Standort über das Thema Umwelt - mit ausgewählten Schwerpunktsetzungen - zu profilieren, einen Strukturwandel in Richtung Ökologie anzustoßen oder einem "unmodernen" Image Aktualität und Modernität zu geben. Innovative und erfolgreiche Modellprojekte, die einen positiven Zusammenhang der beiden Themen darstellen und die so oft zitierten "win-win"-Erfahrungen vermitteln, spielen dabei eine besondere Rolle.

#### *Der "räumliche Zuschnitt"*

Die regionale Perspektive hat bei der Frage der Umsetzung nachhaltigen Wirtschaftens ebenfalls eine große Bedeutung. Regionen stehen für dezentrale, vernetzte Strukturen und damit unter ökologischen Gesichtspunkten vor allem für die Chance der Minimierung von Material- und Energieströmen und eine Anpassung wirtschaftlicher Aktivitäten an natürliche Stoffkreisläufe. Regelmäßiger Erfahrungsaustausch und eine Bereitschaft zu höherer Transparenz können diese Prozesse unterstützen.

(siehe Beate Hollbach-Grömig: Ökologisch-orientierte Wirtschaftspolitik - ein neues kommunales Handlungsfeld, Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Berlin 1999, S. 220-226 Auszug)

## VI. Standortfaktor Umwelt - Beispiele für Kooperationsprojekte Wirtschaft/Stadt -

Die im Folgenden dokumentierten Projekte haben sich nach Beratungen in den Umwelt- und Wirtschaftsgremien des DST ergeben. Sie spiegeln damit nur beispielhaft die Aktivitäten der Mitgliedstädte wider und erheben ausdrücklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

### *Stadt Freiburg*

#### 1. Freiburger Niedrigenergiehaus (NEH-Beschluss)

Im Juni 1992 fasste der Freiburger Gemeinderat den Beschluss, dass Wohngebäude und kommunale Gebäude auf städtischen Grundstücken nach dem NEH-Standard mit einem Raumwärmebedarf von max. 65 Kilowattstunden pro m<sup>2</sup> und Jahr gebaut werden müssen. Dieser strengere Standard führt zu einer Primärenergiereduktion um ca. 30 % und zu einer Baukostenzunahme von damals ca. 2 - 3 %.

Die Mehrkosten der besseren Wärmedämmung haben die Investoren getragen. Der Vollzug wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens kontrolliert. Die rechtliche Verbindlichkeit ergibt sich über die Kaufverträge.

Da der allergrößte Teil des Wohnungsneubaus in Freiburg auf städtischen (Entwicklungs-)Flächen (neue Stadtteile, militärische Konversionsflächen etc.) stattfindet, war dieser Beschluss in der Praxis wirksam.

Neben den unmittelbaren ökologischen Effekten war der dadurch ausgelöste Innovationsschub interessant und entscheidend. Die Freiburger Bauwirtschaft (Architekten, Bauunternehmen, Bauhandwerk) erwarb sich damit einen technologischen Marktvorsprung. Dieser führte u. a. dazu, dass

- bei zunehmender Nachfrage aus dem Umland (allein auf Grund der Werbewirkung) die entsprechende Branche als Anbieter einen **Marktvorsprung** nutzen konnte und
- nach Verschärfung der damaligen Wärmeschutzverordnung hin zu dem Standard der heutigen Energieeinspar-Verordnung die Baubranche auch diesbezüglich einen technologischen **Innovationsvorsprung** besitzt.

Durch die Fortentwicklung der Bautechnik in den letzten Jahren haben sich die Mehrkosten für Wärmedämmung verringert. Die Nutzer profitieren von geringeren Heizkosten, verglichen mit der herkömmlichen Bauweise. Eine angepasste Fortschreibung des NEH-Standards in Freiburg wiederum über die Energieeinspar-Verordnung hinaus wird nunmehr geprüft und vorbereitet.

## **2. Solarwirtschaft**

Die Solarenergienutzung zeigt modellhaft die Verbindung von Ökonomie und Ökologie für die nachhaltige Entwicklung der Region. In Freiburg haben sich zahlreiche Firmen, Organisationen und Institutionen angesiedelt, die Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Solarenergie anbieten. Viele davon sind führend auf ihrem Gebiet. Produktion, Installation, Planung, Betrieb und Finanzierung von Anlagen, Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung gehören zu ihren Geschäftsfeldern. Eine besondere Rolle spielt das solare Bauen. Dazu kommt das Engagement von Bürgern, Vereinigungen und internationalen Verbänden. So wurde Freiburg zu einem anerkannten Anwendungs- und Kompetenzzentrum der Solarenergie (Solar-Region Freiburg). Das stellt einen entscheidenden Standortvorteil im wirtschaftlichen Wettbewerb dar.

Die Stadt hat ein breites Repertoire kommunalpolitischer Instrumente eingesetzt, um dieses solare Netzwerk zu fördern. Dazu gehören eigene Solarprojekte, die Unterstützung von Projekten Dritter, klassische Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und Standortpolitik (u. a. Grundstücksbedingungen, Akquisition der internationalen Fachmesse Intersolar) sowie strukturelle Maßnahmen wie die Gründung eines regionalen Energieversorgungsunternehmens. Ziel der städtischen Solarpolitik ist die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für das Engagement einer Vielzahl verschiedener wirtschaftlicher Akteure.

Durch Öffentlichkeitsarbeit und Standortmarketing ist es gelungen, die Erforschung und Nutzung der Solarenergie als ein Merkmal für Freiburg zu etablieren. Einen entscheidenden Schub brachte die Beteiligung an der Weltausstellung EXPO 2000. Seither erfreut sich Freiburg einer zunehmenden Zahl von Fachbesuchern aus aller Welt und der Solartourismus entwickelt sich selbst zu einem Wirtschaftszweig.

## **3. Förderprogramme**

Die Stadt Freiburg hat im Rahmen ihres Klimaschutzprogrammes zunächst als einjährige Pilotphase ein Programm "Wärmeschutz im Altbau" mit einem Fördervolumen von ca. 0,5 Millionen Euro aufgelegt. Die Mittel werden auf Antrag für den Wohnungsaltbau bei entsprechenden Einsparmaßnahmen als verlorener Zuschuss gegeben. Die Refinanzierung erfolgt zu 50 % aus dem städtischen Haushalt sowie zu 50 % aus dem "Innovationsfonds Klimaschutz und Wasserwirtschaft" des regionalen Energieverbundunternehmens badenova.

Auf Grund der Förderbedingungen entstand eine Investitionswirkung um den Faktor 7; d. h., mit dem genannten Fördervolumen wurden Investitionen von mindestens 3,5 Millionen Euro ausgelöst. Damit werden 65 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

## **4. Energieagentur**

Im November 1998 haben die Städte Mulhouse und Freiburg gemeinsam bei der EU-Kommission die Förderung von zwei kommunalen Energieagenturen beantragt (Programm SAVE II). Brüssel bewilligte für die beiden Agenturen in Mulhouse und in



Freiburg einen Zuschuss von je 150.000,00 Euro als Starthilfe. Daraufhin erfolgte die Gründung der Energieagentur Regio Freiburg GmbH am 30. August 1999, die Partneragentur "Agence Locale de la Maîtrise de l'Énergie" (ALME) in Mulhouse startete bereits im April 1999.

Im Zentrum der Tätigkeit der Energieagentur Regio Freiburg GmbH steht der verbesserte Wärmeschutz von Gebäuden. Daneben zählt zu den Zielen der Agentur, die Anwendung energiesparender Haustechnik zu verstärken und den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern. Im Gebäudebestand liegt das größte Reduktionspotenzial für CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Energieagentur arbeitet aktiv darauf hin, dieses Potenzial verstärkt zu aktivieren.

Damit werden nachweislich wesentliche Impulse für das Handwerk gegeben.

## **5. Unterstützung der regionalen Landwirtschaft**

### **5.1 Förderung der Produktion und der Vermarktung**

Da der Stadtkreis Freiburg auf Grund seiner Struktur und seiner Funktion mehr als Verbrauchermarkt denn als Produktionsstandort für landwirtschaftliche Produkte anzusehen ist, verfolgt die Stadtverwaltung das Ziel, bei den Verbrauchern eine vermehrte Nachfrage nach regionalen, vorrangig ökologisch erzeugten Lebensmitteln auszulösen.

Bereits 1992 hat die Stadt Freiburg neben dem täglich stattfindenden traditionellen Münstermarkt die Direktvermarktung durch die Einrichtung eines reinen Bauernmarktes gefördert. Mittlerweile gibt es Nachfolgemärkte in sämtlichen Stadtteilen. Zusätzlich wurde 1993 eine Broschüre "Einkaufen beim Verbraucher" erstellt, in dem neben integriert vorrangig ökologisch wirtschaftende Direktvermarkter in der Region aufgeführt wurden.

1998 wurde durch die Stadt das Projekt "Regionale Tafelrunde" mit Großverbrauchern und Kantinen initiiert. Das Projekt hatte zum Ziel, regionale und ökologisch erzeugte Lebensmittel vermehrt in Großküchen einzusetzen. Das Projekt verlief erfolgreich, die hierbei aufgebauten Produzenten - Verbraucher - Strukturen waren über die Projektphase hinaus allerdings nicht stabil.

Im vergangenen Jahr veranstaltete die Stadt Freiburg mit der Marketinggesellschaft Baden-Württemberg auf einem zentralen Platz eine Imageveranstaltung zum Thema "Regionale Öko-Lebensmittel". Im Jahr 2003 plant die Stadt Freiburg zusammen mit dem Naturpark Südschwarzwald e. V. einen "Naturparkmarkt" in der Innenstadt, auf dem neben agrarischen auch (kunst-)handwerkliche Produkte vorgestellt werden sollen.

Auf Initiative der Umweltverwaltung wurde 2001 mit der Ökostation Freiburg Unterrichts- und Informationsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu Herkunft, Produktion und Zertifizierung ökologisch produzierter Lebensmittel mit dem Ziel durchgeführt, in breiten Bevölkerungsschichten Akzeptanz und Nachfrage nach diesen Produkten zu steigern und ggf. auf hohem Niveau zu stabilisieren.

## 5.2 Biotopvernetzung

Ca. 50 % des Stadtkreisgebietes sind als Landschafts- und Naturschutzgebiete ausgewiesen. Ca. 75 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind mit Biotopverbundkonzepten überplant. Diese werden seit 1993 sukzessive vorrangig mit Landwirten umgesetzt und sind wesentliche Beiträge zu einer umweltschonenden und nachhaltigen Produktion in der Landwirtschaft.

## 6. Umweltwirtschaft

Ausgelöst bzw. unterstützt durch eine langfristig angelegte Umweltpolitik und ein strategisch ausgerichtetes Standortmarketingkonzept im Rahmen der Wirtschaftsförderung sind in der Stadt sowie in der Wirtschaftsregion Freiburg (diese umfasst neben der Stadt Freiburg i. B. auch die beiden benachbarten Landkreise) viele Impulse zur ökonomischen Umsetzung ökologischen Know-hows wirksam geworden. Damit ist eine technologische Struktur entstanden, die im Bereich innovativer und zukunftsfähiger Produkte und Dienstleistungen der Umweltwirtschaft einen wachsenden Anteil am Gesamtumsatz der Region einnimmt.

Bei einer ersten Bestandsaufnahme im Jahre 1995 konnte nachgewiesen werden, dass die Umweltwirtschaft zu einem wichtigen strukturellen Schwerpunkt der Wirtschaftsregion geworden ist. In den letzten Jahren waren diese Branchen zusätzlich durch eine deutliche Dynamik ausgezeichnet.

Eine 2003 im Auftrag von Umweltverwaltung und Wirtschaftsförderung erstellte Follow up-Studie über die Potenziale der Umwelt- und Solarwirtschaft kommt methodisch und in den Ergebnissen wesentlich differenzierter und aussagekräftiger zu dem Ergebnis, dass die Region ihr Profil in den vergangenen Jahren in wichtigen und besonders zukunftssträchtigen Bereichen der Umweltwirtschaft stärken konnte. Als herausragender Standort- und Imagefaktor nimmt diese Wachstumsbranche heute eine Schlüsselstellung in der Umweltpolitik und Wirtschaftsförderung ein. Strukturbestimmend sind insbesondere die dienstleistenden Branchen und der Bereich Forschung und Entwicklung, der als Motor bei der Entwicklung der Umweltwirtschaft zu einem strukturprägenden regionalen Wachstums-Cluster gilt. Ohne das - in der Wirtschaftsregion unterrepräsentierte - Produzierende Gewerbe liegt die umweltorientierte Erwerbstätigkeit in der Region um ca. 25 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

## 7. Standortmarketing

Umweltverwaltung und Wirtschaftsförderung nutzen das Profil einer ökologisch profilierten Region konsequent als Image- und Standortfaktor und gestalten entsprechend ihr Standortmarketing.

Dies führt in den Umweltbranchen zur Ansiedlung bzw. zur Entwicklung von

- Forschungseinrichtungen
- internationalen Dachverbänden (ICLEI, ISES)

- Unternehmen mit innovativer Technik (Umwelttechnik, Biomedizin usw.)
- Consulting
- Tourismus
- Fachtourismus (Freiburger Umweltseminare für japanische Gruppen)

Ansprechpartner:

Dr. Bernd Dallmann, Erster Geschäftsführer der Freiburg Wirtschaft und Touristik GmbH  
Email: bernd.dallmann@fwt-online.de

Dr. Dieter Wörner, Leiter des Umweltamtes der Stadt Freiburg  
Email.: woerndi@stadt.freiburg.de

### *Stadt Heidelberg*

#### **1. Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)**

Seit dem Jahre 2001 werden in dem durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Modellprojekt "Nachhaltiges Wirtschaften" den Geschäftsführern und Mitarbeitern von KMU's mit Workshops und Betriebsbegehungen Grundlagen für die Einrichtungen eines Umweltmanagementsystems vermittelt. Darüber hinaus werden auch weitere Aspekte eines Nachhaltigkeitsmanagements diskutiert, wie z. B. Möglichkeiten der KMU, sich lokal bzw. regional in sozialen Projekten oder Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

#### **2. Verein "Umweltkompetenzzentrum Heidelberg Rhein-Neckar"**

Mit dem am 25. April 2003 gegründeten Verein "Umweltkompetenzzentrum Heidelberg Rhein-Neckar" werden Kompetenzen in den Bereichen der Umwelttechnologie, der Umweltinformatik und -beratung gebündelt, die in regional ansässigen Hochschulen, Firmen, Verbänden und der Verwaltung vorhanden sind. Der Verein soll als Entwicklungsmotor für neue Projekte und Produkte dienen und somit die Wirtschaftskraft der Region in diesem Wachstumssektor stärken.

#### **3. Maler und Umwelt**

Das Projekt "Maler und Umwelt" läuft seit 1997. In Kooperation der Stadtverwaltung mit der Malerinnung und anderen Verbänden wurde ein Ordner für Handwerker erstellt, in dem Tipps zum umwelt- und gesundheitsschonenden Arbeiten gegeben werden. Hierauf aufbauend entstand das Projekt "Farbenfroh und Nachhaltig". In der Kooperation mit lokalen Baumärkten und der Malerinnung wurde ein Ratgeber für Heimwerker herausgegeben, der eine Anleitung für umwelt- und gesundheitsschonende Arbeitsweisen darstellt. Darüber hinaus wurden in Baumärkten Regale mit ökologischen Produkten aufgestellt.

#### 4. Bäcker und Umwelt

Im Projekt "Bäcker und Umwelt" wurde in Bäckereien und Konditoreien nach Betriebsbegehungen durch einen Energieberater Maßnahmen ergriffen, um den Energieverbrauch zu optimieren. Bei einem Neubau einer Bäckerei wurde durch Hilfe bei der Planung finanzielle Unterstützung einer der energiesparendsten Bäckereien Europas errichtet.

Ansprechpartner:

Dr. Hans-Wolf Zirkwitz, Amtsleiter des Amtes für Umweltschutz, Energie und Gesundheit der Stadt Heidelberg  
Email: hans-wolf.zirkwitz@heidelberg.de

*Stadt Düsseldorf*

#### 1. Schallschutzfensterprogramm

Überschlägige Kostenverteilung für Schallschutzfenster

##### Grundpreise / Förderbeträge

-	Kosten für Schallschutzfenster	ca. 600-700 Euro/qm Fensterfläche
-	Förderung durch Schallschutzfensterprogramm	225 Euro/qm Fensterfläche (200 Euro Land + 25 Euro Stadt)

Für eine **Beispielwohnung** mit 2 Fenstern zur Straßenfront (Beispielfenster: 1,2 m x 1,4 m  $\approx$  1,7 qm) ergeben sich folgende Kosten:

-	<b>Gesamtkosten</b> (3,4 qm Fensterfläche/Wohnung x 650 Euro/qm Fensterfläche)	2.210 Euro/Wohnung
-	<b>Förderung</b> durch Schallschutzfensterprogramm	<u>765 Euro/Wohnung</u>
-	<b>Eigenanteil</b> des Wohnungseigentümers	<u>1.145 Euro/Wohnung</u>

##### Investitionsmobilisierung für das Handwerk

-	<b>Gesamtfördervolumen</b> ( $\Rightarrow$ 2650 qm Schallschutzfenster bzw. schallgedämmte Lüfter)	600.000 Euro
-	<b>Eigenanteil</b> der Wohnungseigentümer	<u>1.126.250 Euro</u>
-	<b>Gesamtinvestitionsvolumen</b>	<u>1.726.250 Euro</u>

## **2. Modellvorhaben zur Energieeinsparung im privaten Wohngebäudebestand**

### **Ausgangssituation**

Im privaten Wohnungsbestand existiert ein großes Potenzial zur Heizenergieeinsparung und Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dieses kann durch eine Sanierung der Gebäudehülle und der Haustechnik erschlossen werden. Verschiedene Hemmnisse haben bis heute dazu geführt, dass die Einsparpotenziale in der Landeshauptstadt Düsseldorf nur in geringem Maße ausgeschöpft wurden - insbesondere fehlen Einzelleigentümern hierzu häufig Kenntnisse, so dass Sanierungen weitgehend unterbleiben.

Die Altbaumodernisierung birgt ein großes Potenzial an Investitionen und somit Beschäftigungseffekten insbesondere im lokalen Handwerk.

### **Ziele des Modellvorhabens**

Mit dem Modellvorhaben soll untersucht werden, inwieweit ein umfangreiches Dienstleistungsangebot geeignet ist, Hemmnisse für baulich-technische Sanierungsmaßnahmen zu verringern und Gebäudesanierungen zu fördern. Prozessbegleitend sollen unter den Akteuren Diskussionen angeregt werden, durch die das Thema der Energieeinsparung im Wohngebäudebestand in den Vordergrund gerückt wird. Ziel ist es, effiziente und umsetzungsorientierte Lösungsansätze zu erarbeiten, ihre Umsetzung zu erproben und zu bewerten. Diese Lösungen sollten auf andere Kommunen übertragbar sein.

Es ist zu klären, ob und inwieweit strukturell bedingte Umsetzungshemmnisse überwunden werden können. Im Idealfall wird während des Modellvorhabens unter Beteiligung von Kooperationspartnern eine Organisationsstruktur entwickelt, die auch nach Abschluss des Projektes fortbesteht. Dies könnte ein Dienstleistungszentrum für Altbausanierung sein, das von den Kooperationspartnern dauerhaft getragen wird und von den Gebäudeeigentümern unbürokratisch genutzt werden kann.

### **Kooperationspartner**

Architekten, Ingenieure und Handwerksunternehmen haben insbesondere aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation großes Interesse daran, dass vermehrt Altbauten saniert werden. Sie haben daher ihre Bereitschaft bekundet, das Modellvorhaben als Kooperationspartner des Umweltamtes zu unterstützen. Weitere Partner sind die Verbraucher-Zentrale NRW, die Stadtwerke Düsseldorf AG, Haus&Grund Düsseldorf und Umgebung e.V., die Architektenkammer NRW, die Handwerkskammer NRW und Innungen.

### **Modernisierungspotenzial**

In der Landeshauptstadt Düsseldorf sind ca. 29.700 Mehrfamilienhäuser vor 1979 errichtet worden. Insgesamt enthalten diese Gebäude eine Wohnfläche von etwa 15,5 Mio. m<sup>2</sup>. Diese Fläche entspricht erfahrungsgemäß einem Investitionspotenzial von ca. 1.555 Mio. EURO im Handwerk. Der Großteil der Sanierungstätigkeiten wie das Aufbringen von Wärmeschutzfassaden oder der Einbau neuer Heizungsanlagen wird von lokalen bzw. regionalen Handwerksunternehmen ausgeführt.

Der beschäftigungspolitische Effekt des Modellvorhabens kann derzeit nur geschätzt werden, da noch keine Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt und somit keine Gebäudeeigentümer zur Altbaumodernisierung angeregt wurden. Das Projekt befindet sich seit dem Sommer 2003 in der Umsetzungsphase.

### **3. Öko-Audit an Schulen**

Beim Öko-Audit an einer Schule werden alle umweltrelevanten Bereiche einer Schule systematisch untersucht, Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation formuliert und notwendige Maßnahmen eingeleitet. Der gesamte Prozess wird in einer Umweltklärung dokumentiert und veröffentlicht. Nach drei Jahren wird nachgehalten, inwieweit die formulierten Ziele erreicht worden sind.

Ziel ist es, belastende Auswirkungen des "Unternehmens Schule" auf die Umwelt zu minimieren. Das Öko-Audit bietet die Möglichkeit alternativer Lernformen in Projekttagen und Arbeitsgemeinschaften, die klassenübergreifend zusammengesetzt sind. Eine ganzheitliche Erarbeitung eines Öko-Audits unter naturwissenschaftlichen, sozial- und geisteswissenschaftlichen Gesichtspunkten vermittelt den Schülerinnen und Schülern ein Verständnis für komplexe Zusammenhänge zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen. Das Öko-Audit trägt damit nicht nur dazu bei, das Umweltbewusstsein der Schülerinnen und Schüler grundsätzlich zu schärfen, es gilt auch, ihre Identifikation mit der Schule zu steigern und damit ihr Verantwortungsbewusstsein für ihr unmittelbares Umfeld zu erhöhen.

An dem Projekt beteiligen sich 14 Schulen aus allen Schulformen. Koordiniert und gesteuert wird die Arbeit durch einen Lehrer, der dafür im Umfang einer halben Stelle von seiner Lehrtätigkeit freigestellt ist. Insgesamt 14 Stellen unterstützen das Projekt finanziell und mit Know-How. Die Spanne reicht von Unternehmen wie der Henkel KGaA, der Mannesmann AG (jetzt Vodafone AG), über die IHK, die Stadtwerke Düsseldorf und die Verbraucherzentrale sowie kleineren Unternehmen, die z. B. den Druck oder die technische Durchführung von Veranstaltungen unterstützen.

Das Öko-Audit an Schulen in Düsseldorf ist ein Projekt der Lokalen Agenda vor Ort; seitens der Stadtverwaltung wird es vom Umweltamt und vom Schulverwaltungsamt begleitet. Der Modellversuch "Öko-Audit an Schulen" in NRW startete im Sommer 1999 und wird im Sommer 2004 abgeschlossen sein. Der Versuch wird wissenschaftlich begleitet, eine Auswertung der Versuchsergebnisse wird am Ende des Modellversuchs vorliegen. Nordrhein-Westfalen ist eines von insgesamt vier Bundesländern, in denen sich Schulen mit dieser Thematik beschäftigen. Geprüft wird die Eignung von "Öko-Audits für Bildung" für eine nachhaltige Entwicklung. Untersucht wird außerdem, mit welchen Indikatoren Nachhaltigkeit in Schulen gemessen werden kann und ob bzw. wie sich das Instrument ausweiten oder zu einem besser an die Aufgaben und Bedürfnisse der Institution Schule angepassten Management-System verändern lässt.

**Ansprechpartner:**

Dr. Werner, Görtz, Leiter des Umweltamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Email: bernadette.scherzinger@stadt.duesseldorf.de

## *Stadt Braunschweig*

### ***Auslobung des Braunschweig-Preises***

Die Stadt Braunschweig vergibt seit 1999 im zweijährigen Rhythmus den internationalen Braunschweig Preis, den höchsten Forschungspreis einer deutschen Stadt. Mit 50.000 € zeichnet sie hervorragende anwendungsorientierte Forschung aus, die einen konkreten Beitrag zu einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung leistet. Der internationale Kongress "Lebenswelten für Morgen", den die Stadt zusammen mit der TU Braunschweig ausrichtet, umrahmt und begleitet die Preisverleihung. Er befasst sich mit zentralen und akuten Fragen der Zukunftsgestaltung und bringt Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft zusammen.

### **Hintergrund und Ziele der Preisverleihung**

Ausgangspunkt für die Auslobung eines derartigen Preises war die Erkenntnis, dass technischer Fortschritt - trotz gestiegenen ökologischen Bewusstseins - vielfach noch mit hohem Ressourcenverbrauch, steigenden Umweltbelastungen und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit einhergeht. Diese Folgeerscheinungen widersprechen jedoch auf lange Sicht den Interessen der Menschen. Wirtschaft und Gesellschaft müssen daher ihre Ziele und Strategien für die Zukunft neu definieren. Hier kann Forschung Auswege aufzeigen und Lösungen anbieten. Notwendige spürbare ökonomische und ökologische Effekte können erzielt werden, wenn innovative wissenschaftliche Erkenntnisse schnellstmöglich in wirtschaftlich nutzbare Anwendungen umgesetzt und Aspekte der "nachhaltigen Entwicklung" beachtet werden.

Mit dem Braunschweig Preis will die Stadt dazu beitragen, Arbeitsplätze in Forschung, Entwicklung und Produktion zu sichern und den Grundstein für neue Beschäftigungsfelder zu legen. Es ist zentrales Anliegen der Stadt Braunschweig, anwendungsorientierte Forschung und ihre Umsetzung zu fördern und damit gleichzeitig einen Impuls in Richtung nachhaltige Entwicklung der Lebensgrundlagen des Menschen geben.

Ansprechpartnerinnen:

Christiane Costabel, Leiterin des Umweltamtes der Stadt Braunschweig  
Email: [christiane.costabel@braunschweig.de](mailto:christiane.costabel@braunschweig.de)

Carola Meyer, Geschäftsstelle Braunschweig Preis  
Email: [braunschweigpreis@braunschweig.de](mailto:braunschweigpreis@braunschweig.de)

## *Stadt Magdeburg*

### **Flächenrecycling und Windenergie**

Wirtschaftliche Entwicklungen können mit positiven Umwelteffekten einhergehen. In Magdeburg wurde das Gelände einer alten Großgaserei, die ihrer alten Nutzung entsprechend hochgradig kontaminiert war, saniert. Mit der Sanierung konnte auf dem Gelände eine Neuansiedlung realisiert werden, da die Fläche aufgrund der hervorragenden Anbindung an Wasser, Schiene und Autobahn für logistikintensive Unternehmen bestens geeignet war. Teile der notwendigen Sanierungsarbeiten (z. B. das Auskoffern kon-

tarminierten Bodens) konnten als Basis für das Legen neuer Fundamente für das ansiedelnde Unternehmen genutzt werden. Nur durch das kooperative Zusammenwirken der für den Umweltschutz zuständigen Behörden, der Baubehörden sowie der Wirtschaftsförderung war es möglich, das Projekt erfolgreich umzusetzen. Hierdurch wurde eine riesige Altlast beseitigt und gleichzeitig entstanden rd. 100 Arbeitsplätze.

Auch die Produktion von Windenergieanlagen hat für die Stadt Magdeburg positive Beschäftigungseffekte bewirkt. Knapp 2.000 Personen arbeiten rund um die Erstellung von Windenergieanlagen in der Stadt. Neben der Schaffung der Arbeitsplätze übernahm das entsprechende Unternehmen mehrere Altstandorte ehemaliger Schwermaschinenbaukombinate und sorgte so dafür, dass keine neuen Flächen auf der grünen Wiese in Anspruch genommen werden mussten. Auch hier gingen Beschäftigungseffekte mit positiven Umwelteinwirkungen einher.

Ansprechpartner:

Jörg Böttcher, Dezernat Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit der  
Landeshauptstadt Magdeburg  
Email: boettcher@ob.magdeburg.de

*Stadt Duisburg*

### **Erfolgreiches Flächenrecycling als Beispiel für ökologische und ökonomische Standortqualifizierung**

Im Zuge eines tiefgreifenden Strukturwandels gingen in der Stadt in ca. 20 Jahren mehr als 120.000 Arbeitsplätze verloren, rd. 50.000 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen. Die Stadt versucht sich heute als Wissenschafts-, Werkstoff- (Stahl- und Verbundwerkstoffe mit Leichtmetallen und Kunststoffen)/ Logistik- und Dienstleistungsstandort zu profilieren. Nach vielen Reaktivierungsmaßnahmen von zumeist kleineren Altflächen seit Mitte der 70er Jahre wurden gegen Ende der 80er Jahre die ersten großen Revitalisierungsprojekte von brach gefallenen Industrie- und Gewerbearealen in Angriff genommen. Heute liegen alle großen Stadtentwicklungsprojekte - ob im Innenstadtbereich oder den Stadtteilen Duisburgs - auf ehemaligen Produktions-/Verkehrsflächen der Stahlindustrie, der nationalen Eisenbahngesellschaft bzw. weiterverarbeitender Industrien.

Der Duisburger Innenhafen, bis in die 70er Jahre der wichtigste regionale Umschlagplatz für Holz und Getreide, liegt nur wenige hundert Meter vom Kern der City entfernt. Für das rd. 89000m<sup>2</sup> große Gelände gab es bereits vor rd. 25 Jahren, ausgelöst durch eine stark nachlassende Umschlagfähigkeit, klassische, d.h. gewerblich orientierte Neunutzungsüberlegungen. Diese ließen sich jedoch zunächst aus finanziellen Gründen nicht realisieren.

Zur Umsetzung des Gesamtprojektes wurde 1992 die "Innenhafen Duisburg Entwicklungsgesellschaft" gegründet, die je zur Hälfte durch die Stadt Duisburg sowie das Land Nordrhein Westfalen getragen wurde. Seit 1993 wurden die meisten der noch erhaltenen alten Lagerhäuser am Wasser für neue, mehr als 2000 (Stand: 8/2002) moderne Dienstleistungsarbeitsplätze umgebaut. Gleichzeitig wurden mehrere Museen realisiert; das Museum für die Kultur- & Stadtgeschichte, das Museum für Moderne Kunst und ein



Kindermuseum, das aktuell in einem alten Mühlengebäude errichtet wird. An neu angelegten Wasserflächen wurden mehr als 400 Wohnungen neu errichtet. Weitere Teilprojekte : spezielle Wohnangebote für ältere Menschen, Kindergarten, Gastronomieangebote, jüdisches Gemeindezentrum, "Altstadtpark", bewegliche, hebefähige Fußgängerbrücke, Yachthafen.

Mit dem Dienstleistungspark Innenhafen wurden die zum Projektstart angestrebten Ziele bereits rd. 2-3 Jahre vor dem Abschluss des Projektes deutlich übertroffen. Insgesamt wurden, im Rahmen der Vorwegrealisierung und -finanzierung der öffentlichen Infrastruktur (technische Infrastruktur, Altstadtpark, Museumsbauten, soziale Infrastruktur) ein Betrag von rd. 60 Mio. € aus öffentlichen Mitteln vorinvestiert. Ab 1997 veränderte sich die Relation jedoch innerhalb eines kurzen Zeitraumes zugunsten eines überwiegend privat finanzierten Immobilieninvestments. Bis heute, nach rd. 80% der Gesamtprojektrealisierung, wurde ein privat finanziertes Investment von rd. 250 Mio. € realisiert. Bis zum Abschluss der Projektumsetzung werden es rd. 350 - 400 Mio. € sein. Nach anfänglich relativ hohem öffentlichen Mitteleinsatz, der zur Sicherstellung der angestrebten Qualitätsstandards erforderlich war, wurde bzw. wird mittlerweile - bei einem öffentlichen Investment von rd. 60 Mio. Euro - eine Investitionsrelation von rd. 1:4/1:5 und bis zum Abschluss von ~ 1:7 erreicht. Dies bedeutet, dass durch jeden Anteil an öffentlicher Vor-Investition ca. 7 Anteile an privaten Folgeinvestitionen ausgelöst wurden.

Die Finanzierung wurde insbesondere durch die Rahmenbedingungen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park begünstigt, setzte aber deutlich auf eine integrierten und flexiblen Einsatz der verschiedensten Finanzierungsbausteine/Förderungsprogramme. Im Ergebnis ist ein attraktiver, überregional bekannter und gesuchter City-Erweiterungsstandort entstanden, der die weitere Entwicklung der gesamten Duisburger City positiv beeinflusst.

Nach Einschätzung der Stadt ziehen durch das Projekt Innenhafen heute auch solche Firmen eine Ansiedlung in Duisburg am Innenhafen bzw. in der nahegelegenen Innenstadt in Betracht, die die Stadt Duisburg noch vor kurzer Zeit nicht ernsthaft als Unternehmensstandort in Betracht gezogen hätten. Das Projekt hat beträchtlich zu einer neuen, besseren Positionierung der Stadt Duisburg im regionalen Wettbewerb beigetragen. Zugleich erfährt das Projekt auch bei den Bürgern der gesamten Region - und insbesondere auch bei internationalen Besuchern der Stadt - eine hohe Wertschätzung und wird offenbar als anerkanntes Arbeits- und Wohnquartier wie auch als attraktiver Freizeit- und Kulturraum angenommen.

Ansprechpartnerin:

Sabine Hoster, Leiterin des Amtes für Umweltschutz der Stadt Duisburg  
Email: s.hoster@stadt-duisburg.de

*Stadt München*

## **Projekt ÖKOPROFIT**

### **1. ÖKOPROFIT - die Ziele**

München setzt seit 1998 das bereits in Graz erfolgreiche Umweltberatungsprogramm ÖKOPROFIT als erste Kommune in Deutschland um. Das Programm, das von der Lokalen Agenda 21 München initiiert wurde, zielt darauf ab, durch Maßnahmen der teilnehmenden Betriebe den Umweltschutz zu verbessern und gleichzeitig Kosten durch die Vermeidung bzw. Verminderung von Abfällen und Emissionen zu senken - daher der programmatische Kurztitel ÖKOPROFIT.

Aufgrund der Flexibilität des Projektes, der bisherigen Erfahrungen in München sowie in weiteren Kommunen und des großen Interesses an ÖKOPROFIT werden in den nächsten Jahren viele deutsche Städte, Gemeinden und Kreise ÖKOPROFIT einführen. ÖKOPROFIT ist ein idealer Beitrag zur Lokalen Agenda 21 und gleichzeitig ein erfolgreiches Instrument der kommunalen Wirtschaftsförderung.

### **2. ÖKOPROFIT - das Konzept**

ÖKOPROFIT (ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte UmweltTechnik) wird seit 1992/1993 in enger Kooperation zwischen dem Grazer Umweltamt, Grazer Betrieben und Beratern, Verbänden und Hochschulen durchgeführt. Über 250 Betriebe verschiedener Branchen und verschiedener Größen haben mittlerweile in Graz und anderen österreichischen Städten und Regionen erfolgreich an ÖKOPROFIT teilgenommen.

ÖKOPROFIT besteht aus mehreren Bausteinen:

Der wichtigste Baustein ist das Einsteiger-Programm. Durch eine Reihe mit acht bis elf Workshops werden teilnehmende Betriebe in einem Jahr systematisch zum Aufbau einer innerbetrieblichen Umweltvorsorge hingeführt. Zwischen den Workshops erheben die Firmenmitarbeiter ihre spezifischen Betriebsdaten und Betriebsinformationen. Diese bilden die Grundlage für dann folgende praxisnahe Umsetzungsmaßnahmen zur Abfall- und Emissionsvermeidung im Betrieb. Bei ihren Arbeiten werden die Firmenmitarbeiter von erfahrenen externen Umweltberatern individuell im Betrieb unterstützt. Erfolgreich teilnehmende Betriebe werden von der Kommune als ÖKOPROFIT-Betriebe ausgezeichnet.

Die Workshops thematisieren: Abfallvermeidung, Abfallmanagement, Stoffstromanalyse, gefährliche Arbeitsstoffe, betriebliche Energieanalyse, Erfassung der Umweltkosten, ökologische Beschaffung und Eco-Design, Ökocontrolling, Rechtsaspekte, Arbeitsschutz und Vorbereitung auf die ÖKOPROFIT-Betriebsauszeichnung.

Weitere Bausteine sind die ÖKOPROFIT-Fortsetzung im so genannten KLUB und "Von ÖKOPROFIT zum Ökoaudit": Nach Beendigung des ersten Jahres erfolgen im KLUB durch vier bis fünf Workshops weitere Schulungen im Umweltbereich und ein Informationsaustausch (Netzwerk) unter den Betrieben.

### 3. Die Umsetzung in München

Im Oktober 1997 hat der Münchner Stadtrat - initiiert durch die Lokale Agenda und auf gemeinsamen Vorschlag des Wirtschaftsreferenten Dr. Reinhard Wieczorek und des Umweltreferenten Joachim Lorenz - einstimmig beschlossen, ÖKOPROFIT als Projekt der Lokalen Agenda 21 in München einzuführen. München hat das Grazer Programm ÖKOPROFIT ausgewählt, weil es ein überzeugendes und ausgereiftes Konzept des betrieblichen Umweltmanagements ist, umfangreiche praxisnahe Arbeitsmaterialien in Deutsch vorliegen und ÖKOPROFIT im Gegensatz zu einigen anderen Programmen für alle Branchen und Firmengrößen durchgeführt werden kann. Zudem konnte es leicht auf die Münchner Situation übertragen werden.

Die teilnehmenden Betriebe und die Stadt tragen die Kosten für die externen Berater, die für die Anpassung des Grazer Ökoprofit-Projektes auf die Stadt München, die Durchführung der Workshops und die von den Beratern und der Stadt bearbeiteten Broschüre. Der städtische Anteil in Höhe von insgesamt rund 170.000,- DM (in 1998/1999) bzw. von 160.000,- DM (in 2000) wurde jeweils zur Hälfte durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Referat für Gesundheit und Umwelt zur Verfügung gestellt.

Die teilnehmenden Betriebe zahlten für den Jahrgang 1998/99 - gestaffelt nach der Betriebsgröße - Beiträge von DM 3.500,- bis DM 6.000,- jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer. Kleine und mittelgroße Betriebe können nach dem bayerischen Drei-Tage-Umweltberatungsprogramm gefördert werden. In anderen Bundesländern gibt es ebenfalls Fördermöglichkeiten. Kommunen, die ÖKOPROFIT einführen wollen, haben einen weit geringeren Finanzierungsaufwand zu leisten als München, da sie von den Münchner Arbeiten und Erfahrungen profitieren können. Für eine Einsteigerworkshopreihe mit 10 Workshops für 15 Betriebe benötigt man einschließlich Auszeichnungsbroschüre kommunale Finanzmittel in Höhe von ca. 30.000,- bis 50.000,- DM. Durch Sponsoren bzw. höhere Firmenbeiträge können diese Beträge vermindert werden.

Die Berater, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und die Stadt konzentrierten sich bei der Gewinnung von Firmen auf Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten aus den folgenden Branchen: Ernährungsgewerbe, Metallbe- und -verarbeitung, Gesundheitswesen, Gastgewerbe, KfZ-Gewerbe, Medien, Papier-, Verlags- und Druckgewerbe sowie Wäschereien. Bei der Auswahl der Betriebe bzw. Branchen wurden die zu erwartenden Umweltauswirkungen, Umweltentlastungspotentiale, die innerbetriebliche Übertragbarkeit sowie eine mögliche Breitenwirkung zugrundegelegt.

Wegen der großen Nachfrage wurden von September 1998 bis Ende 1999 zwei Workshopreihen mit insgesamt 26 Betrieben durchgeführt. In einer ersten, sogenannten "gemischten Gruppe" nahmen 16 Betriebe teil: fünf Bäckereien, drei Anlagenbauer, zwei Druckereien, zwei metallverarbeitende Betriebe sowie je ein Betrieb aus den Branchen Gasversorgung, Maschinenbau, Medien (der Bayerische Rundfunk) und Vertrieb. Eine zweite Gruppe wurde speziell für Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen gebildet. Die Betriebe beschäftigen 15 bis ca. 3.200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, insgesamt ca. 17.000. Im Dezember 1999 wurden die ersten 26 deutschen ÖKOPROFIT-Firmen in einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung im Münchner Rathaus ausgezeichnet. Nach der erfolgreichen Absolvie-

zung des Einsteiger-Programms beteiligen sich nun in 2000 12 Firmen am "Klub" und 9 Firmen an "Vom ÖKOPROFIT zum Ökoaudit". Gleichzeitig haben 15 Firmen im Februar 2000 die neuen Einsteiger-Workshops begonnen.

#### **4. Übernahme von ÖKOPROFIT durch andere deutsche Gebietskörperschaften**

Das Rad braucht nicht neu erfunden zu werden. ÖKOPROFIT ist ein bewährtes und flexibles Konzept für eine kostengünstige Beratung des vorsorgenden betrieblichen Umweltschutzes. Sowohl große Städte als auch Gemeinden, Kreise, Agenda-Gruppen, aber auch Firmen können die Trägerschaft von ÖKOPROFIT übernehmen.

Die Einführung von ÖKOPROFIT bringt Vorteile für die teilnehmenden Firmen und für ÖKOPROFIT-Kommunen:

- ÖKOPROFIT trägt zu einer nachhaltig-umweltgerechten Entwicklung bei, indem die Betriebe freiwillig in einem permanenten Verbesserungsprozess für sich und die Umwelt den Energie- und Materialverbrauch sowie Emissionen und Abfälle vermeiden bzw. verringern und die an sie gestellten umweltrechtlichen Anforderungen überprüfen (Auswertung der 123 wichtigsten Maßnahmen: Betriebe sparen pro Jahr 4,8 Millionen kWh Strom, 4,7 Millionen kWh Wärmeenergie, und damit 1940 t CO<sub>2</sub>-Emissionen, 26 Millionen Liter Wasser).
- ÖKOPROFIT unterstützt ökonomisch zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Kosteneinsparungen, die kostengünstige Beratung, die Verminderung von betrieblichen Risiken über die Ermittlung umweltrechtlicher Anforderungen, eine Imagesteigerung, größere Standortbindung und gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Betriebe und die Förderung von technologischen Innovationen in der Region (123 wichtigsten Maßnahmen: jährliche Einsparung von 1,97 Millionen DM, bei einmaligen Gesamtinvestitionen in Höhe von 5,6 Millionen DM.)
- ÖKOPROFIT hat durch den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen, einen verbesserten Arbeitsschutz, eine größere Mitarbeitermotivation und Mitarbeiterbeteiligung auch eine positive soziale Komponente.
- Durch den Dialog und die Kooperation zwischen Betrieben und Behörden, den Erfahrungsaustausch zwischen den Betrieben wird die Nutzung von Synergien und die gute Einbindung bestehender Einrichtungen ein Netzwerk für eine nachhaltige Wirtschaftsweise aufgebaut. Mit zunehmender Anzahl von ÖKOPROFIT-Kommunen kann dieses Netzwerk national und auch international enger geknüpft werden.

Bislang haben über 50 deutsche Kommunen mit ÖKOPROFIT-Workshops begonnen oder eine Einführung beschlossen. Dazu zählen außer München Großstädte wie Hannover, Hamburg, Erfurt, Cottbus, Dortmund, Hamm, Siegen, Wiesbaden, Mainz und Augsburg, mittlere und kleinere Gemeinden wie Kempten, Landshut, Wolfratshausen-Geretsried, Ottobrunn, Taufkirchen, Unterhaching und Ritterhude sowie Landkreise wie Kehlheim und Fürstenfeldbruck und das Göppinger GRIPS-Projekt. München und Graz sind hier weiterhin gerne bereit, andere Kommunen im Rahmen der Möglichkeiten zu informieren (Unterlagen wie Projektinformationen, Beschlüsse,

Pressespiegel, Ausschreibungsunterlagen, Auszeichnungsbroschüren, Workshops) und bei der Übernahme von ÖKOPROFIT zu beraten. München stellt gegen ein Nutzungsentgelt die auf deutsche Verhältnisse überarbeiteten Grazer Unterlagen (ca. 700 Seiten) zur Verfügung und wird zusammen mit weiteren interessierten Kommunen ein deutsches ÖKOPROFIT-Netzwerk aufbauen.

Ansprechpartner:

Dr. Günter Wegrampf Leiter des Umweltamtes der Landeshauptstadt München  
Email.: guenter.wegrampf@muenchen.de

*Stadt Erfurt*

### **1. Lifeguide - Lebensqualität mit Zukunft // Agenda 21 ganz privat**

Seit April 2003 testen private Haushalte im Projekt "Agenda 21 ganz privat" Tipps und Angebote zum nachhaltigen Wirtschaften. Sie entdecken Verbesserungsmöglichkeiten und neue Wege, machen Erfahrungen, die über die ständige Berichterstattung der Medien an die Allgemeinheit weitergegeben werden. Die Haushalte erhalten zu verschiedenen Handlungsbereichen Informationsmaterial, Fragebögen, Handlungstipps und auf Wunsch individuelle Beratung. Auf 6 Informationsveranstaltungen, die nacheinander zu den verschiedenen Handlungsbereichen durchgeführt werden setzen sich die privaten Haushalte ihre Handlungsziele selbst. Vorschläge für Handlungsziele und Kriterien für nachhaltigen Konsum sind z. B. Umwelt- und Sozialverträglichkeit, Gut leben statt viel haben, Qualität statt Quantität, Bevorzugung regionaler Güter und Bevorzugung langlebiger und reparaturfreundlicher Güter. Mit dem Lifeguide - Lebensqualität mit Zukunft soll das erprobte Konzept von Agenda 21 ganz privat thematisch und räumlich erweitert werden und im Jahr 2004 als Internetplattform allen Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden.

### **2. energieroute.de**

In den vergangenen Jahren haben sich in Thüringen und insbesondere im Raum Erfurt-Arnstadt-Ilmenau eine Reihe mittelständischer Unternehmen angesiedelt, die Anlagen oder Komponenten zur Erzeugung erneuerbarer Energien aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse herstellen. Eine herausragende Stellung nimmt dabei die Photovoltaikbranche ein. Die Hochschulen der Region bieten verschiedenste Studien- und Forschungsangebote. Modellhafte Anlagen veranschaulichen die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und den ressourcenschonenden Einsatz fossiler Energieträger wie beispielsweise Erdgas. Beispielgebende Bauten zeigen, wie sich der Energieverbrauch durch eine intelligente Gebäudeplanung verringern lässt. Schulen, Vereine und Bildungseinrichtungen widmen sich dem Themenkomplex der Zukunftsenergien. Nicht zuletzt bietet die Region eine Vielfalt an technischen Denkmälern und Museen, die interessante Facetten rund um das Thema Energieerzeugung erlebbar machen.

Die Landeshauptstadt Erfurt und der Ilm-Kreis haben sich daher zu einer stärkeren Kooperation entschlossen, um

- die vorhandenen Ansatzpunkte stärker miteinander in Verbindung zu bringen,
- das Wissen über die Nutzung Erneuerbarer Energien zu verbreitern und somit deren Anwendung zu fördern,
- Modellprojekte zu unterstützen bzw. zu initiieren,
- den Wirtschaftsstandort bekannter zu machen und
- das Interesse an thematischen Exkursionen durch die Region zu wecken.

Ein wesentlicher Baustein auf diesem Weg ist die Erstellung der Informationsplattform "energieroute.de". Diese Internetpräsentation soll allen Interessierten umfassende Informationen rund um das Thema Erneuerbare Energien bieten. Voraussichtlich ab November 2003 wird das Internetportal voll funktionsfähig sein. Erste Informationen können aber bereits heute unter der Adresse [www.energieroute.de](http://www.energieroute.de) aufgerufen werden.

Ermöglicht wird das Vorhaben im Rahmen des Agenda 21-Prozesses durch die Förderung des Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt des Freistaates Thüringen.

### **3. Die Erfurter Grüne Hausnummer**

Seit dem 22. Januar 2003 können in unserer Stadt Gebäude entdeckt werden, die die *Erfurter Grüne Hausnummer* tragen. Sie ist ein Qualitätssiegel für ein Gebäude und sein Umfeld, bei denen konsequent ökologische, ökonomische und soziale Aspekte berücksichtigt wurden. Mit ihr können neu erbaute oder bestehende Gebäude ausgezeichnet werden, die in besonders vorbildlicher Weise innovatives Bauen und Umweltschutz miteinander verbinden.

Zu allen Phasen und Themen des Bauens wurde eine Checkliste zusammengestellt, die auf CD oder auch im Internet bearbeitet werden können. Es geht z. B. um ressourcenschonende Bauweisen, ökologische Baustoffe, recyclingfähige Materialien und eine rundum gesunde Wohnlichkeit. Es geht selbstverständlich auch um die technische Gebäudeausstattung für einen bewussten Umgang mit Energie und Wasser. Kriterien und Hinweise zur Natur am Haus und im Garten, Artenvielfalt und günstiges Kleinklima für eine ökologisch durchdachte Gebäude- und Umfeldgestaltung vervollständigen das Konzept. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Grüne Hausnummer beantworten Ihnen gern Fragen zu den komplexen Checklisten.

### **4. ÖKOPROFIT<sup>®</sup>**

#### **Umweltschutz mit Gewinn für Betriebe**

ÖKOPROFIT<sup>®</sup>, das **ÖKO**logische **PROJ**ekt **Für** Integrierte Umwelt-**TECH**nik, ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommune und Wirtschaft, das ökologische und ökonomische Aspekte verbindet. In thematischen Workshops werden durch Analysen z. B. des Energie- und Materialverbrauchs, der Stoffkreisläufe, der Produktions- und Organisationsstruktur Wege erarbeitet, um Ressourcen zu sparen und Emissionen zu vermeiden und damit sowohl direkte Kosten als auch ökologische

Folgekosten zu sparen. Nach ergänzenden individuellen Beratungen im jeweiligen Unternehmen werden als Ergebnis Umwelleitlinien und ein Umweltprogramm mit Maßnahmen entwickelt, von denen einige bereits im laufenden Prozess umgesetzt werden. Die abschließende Prüfung setzt einen hohen Standard - die erarbeiteten Ergebnisse können unmittelbar für den Aufbau eines international anerkannten Umweltmanagementsystems (nach EMAS oder ISO 14001) genutzt werden. Mit der öffentlichkeitswirksamen Auszeichnung durch die Stadt wird der Bekanntheitsgrad und das Image der teilnehmenden Unternehmen erhöht.

In der laufenden Runde des Jahres 2002/2003 bemühen sich zur Zeit 28 Unternehmen um die Auszeichnung oder Wiederauszeichnung.

## **5. Ein Bürgerkraftwerk in Erfurt**

Vielen Erfurtern ist bewusst, dass der Klimaschutz und der Erhalt unserer Umwelt aktiv gestaltet werden muss. Ein solcher aktiver Beitrag ist die Errichtung von Photovoltaikanlagen.

Bereits heute wird an verschiedenen Stellen in der Stadt auf diese umweltfreundliche Weise Strom produziert: Neben privaten Anlagen finden sich z. B. auf 32 Erfurter Schulen, der Fuchsfarm, dem Kinderdorf, dem Pfarrhaus der kath. Lorenzgemeinde oder dem Ursulinenkindergarten Photovoltaikanlagen. Die größte Anlage ist am Produktionsgebäude der Firma PV Silicon in Erfurt-Südost in Betrieb. Auch auf dem Verwaltungsgebäude der Stadtwerke und dem Thüringer Landtag wird die Sonnenenergie zur Stromerzeugung genutzt.

Mit der Errichtung eines so genannten Bürgerkraftwerks soll der Anteil des Sonnenstroms in Erfurt weiter erhöht werden. Ein Bürgerkraftwerk ist der Zusammenschluss einzelner Bürger mit dem Ziel, gemeinsam eine größere Photovoltaikanlage zu errichten und zu betreiben. Dabei soll Bürgern auch mit einem relativ geringen Kapitaleinsatz oder ohne ein geeignetes eigenes Dach ermöglicht werden, in die Nutzung der Sonnenenergie einzusteigen. Ein solches Engagement lohnt sich durch eine attraktive, langfristig garantierte Vergütung auch finanziell. Gleichzeitig wird ein Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der heimischen Wirtschaft geleistet. Mehrere mittelständische Firmen und eine neu gegründete Forschungseinrichtung machen die Region Erfurt zu einem wichtigen Solarstandort.

Die Firmen ErSol und technicum, die Stadtwerke Erfurt und das Stadtentwicklungsamt haben sich daher zusammengefunden, den Bürgerinnen und Bürgern im kommenden Jahr ein entsprechendes attraktives Angebot zu unterbreiten. Geplant ist, dieses erste Erfurter Bürgerkraftwerk auf einem prominenten öffentlichen Gebäude zu errichten. Hierzu werden derzeit mehrere Varianten geprüft.

## **6. Brachflächenerfassung in der Stadt Erfurt**

Im Rahmen einer seit 1999 durchgeführten Erfassung und Kartierung der Realnutzung für das Stadtgebiet Erfurt wurden insgesamt ca. 1000 Brachflächen ermittelt. Als solche werden Flächen, die nicht mehr entsprechend der bisherigen

Zweckbestimmung genutzt werden, und ungenutzte und unbebaute Flächen (Ödland), die im FNP-Entwurf als Baufläche dargestellt sind, betrachtet. Unberücksichtigt blieben die ungenutzten Flächen, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen.

Durch die Nachnutzung von Brachflächen kann die Flächenversiegelung minimiert werden. In den vergangenen Jahren wurde in der Stadt Erfurt bereits mehrfach Brachflächenrecycling erfolgreich praktiziert.

Die Brachflächen sind in vier Kategorien einordenbar:

1. unproblematische Flächen - für neue Nutzung vorgesehene Flächen
2. passive Interventionsflächen - mit dem Eigentümer Maßnahmen für neue Nutzung besprechen
3. aktive Interventionsflächen - Vorbereitung durch die öffentliche Hand für die Beseitigung der Brachen durch eine Umgestaltung der Flächen
4. Rückbau- und Renaturierungs- - Vorbereitung für dauerhafte Freiflächenflächengestaltung

Wenn die kurzfristige Beseitigung bzw. Nachnutzung der Brachflächen aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, werden temporäre Nutzungen geprüft.

Für eine vertiefende Untersuchung wurden aus allen vier Kategorien zunächst 80 Brachflächen ausgewählt. Für jede dieser Flächen wird der Bestand und die Entwicklungsperspektive kartographisch dargestellt und Informationen über Flächengröße, Bauplanungsrecht, Zustand der Bebauung, vorherige Nutzung, Erschließung usw. gegeben.

Nach vorliegender Beurteilung der Brachflächen sollen Prioritäten für detaillierte Planungen gesetzt werden, um eine Voraussetzung zur Beseitigung des Missstandes zu schaffen. Dabei können sowohl einzelne Brachflächen als auch Gebiete, in denen eine gewisse Häufung von Brachflächen festzustellen ist, überplant werden.

Ansprechpartner:

Ingo Mlenjnek, Beigeordneter der Stadt Erfurt  
Email: dezernat04@erfurt.de

*Stadt Essen*

## **1. Projekt "Energiepass"**

Die EU-Gebäuderichtlinie vom 4.1.2003 schreibt ab dem 4.1.2006 die Verwendung eines Energiepasses bei Verkauf oder Neuvermietung von Wohnimmobilien vor. Das Label Energiepass beschreibt den Energieverbrauch der Wohneinheit und beeinflusst auf diese Weise die zukünftige Vermietbarkeit des Objektes erheblich.



Damit schafft der Energiepass Anreize zur energetischen Optimierung des Gebäudes und seiner Anlagentechnik. In Verbindung mit dem Thema AltbauSanierung ist bzw. wird der Energiepass so ein wichtiges Steuerungsinstrument der Immobilienwirtschaft. Gleichzeitig leistet der Energiepass perspektivisch über die Reduktion des Energieverbrauchs einen bedeutenden Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung.

Die Stadt Essen ist eine von 10 Modellkommunen für das Projekt "Energiepass" der Verbraucherzentrale NRW und der dena - Deutsche Energie Agentur GmbH.

Die EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH begleitet die Wirtschaft und die Stadt Essen im Projekt der Verbraucher-Zentrale NRW zur Einführung des Energiepass für Wohngebäude bzw. Wohnungen.

## **2. Regenwasserbewirtschaftung**

Auch bzw. gerade für Gewerbebetrieb stellt das Themenfeld Abwasser z. B. über die mit der Beseitigung verbundenen Gebühren einen beachtlichen Kostenfaktor dar. Die Erkenntnis, dass abgeleitetes Regenwasser als Abwasser betrachtet wird und somit auch "kostbar" ist, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Zahlreiche namhafte Unternehmen aus der Region (Aldi, Hilti, Rockwool, Stiebel-Eltron, Vogt electronic, ...) haben das wirtschaftliche Potential der Regenwasserbewirtschaftung erkannt und umgesetzt. Geänderte Entwässerungsverfahren bewirken hier Jahr für Jahr beachtliche Einsparungen bei den Abwassergebühren. Jeder Schauer wird so zu einem "warmen Regen" für die Firmenkasse!

So konnte z. B. beim Logistikzentrum der Firma Aldi im Essener Gewerbegebiet Am Luftschacht die Entwässerung von insgesamt 42.000 qm Dachfläche von der Kanalisation abgekoppelt werden. Die damit verbundenen Reduktion der Abwassergebühren (ab 2004: € 0,74 / qm abgekoppelte Fläche) ermöglicht hier eine Amortisation in einem Zeitraum von weniger als 4 Jahren.

Auch andere Gewerbe- und Industriebetriebe wandeln durch naturnahe Regenwasserbewirtschaftung den Umweltschutz in bare Münze. Dazu trägt das Förderprogramm "Route des Regenwassers" der Emschergenossenschaft (EG) mit einem Finanzvolumen von 5,11 Mio. € zur Förderung von Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung im Bestand bei. Die EG fördert

- Anlagen zur Regenwasserversickerung
- Anlagen zur Regenwassernutzung (Brauchwasser)
- Maßnahmen zur Entsiegelung
- Sonstige Maßnahmen, z. B. Dachbegrünungen, Retention, etc.

mit Festbeträgen. Daneben besteht die Möglichkeit einer Förderung aus Mitteln des MUNLV-NRW, das im Rahmen der "Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft" die Schließung örtlicher Wasserkreisläufe unterstützt.

Der Wirtschaftsstandort Essen profitiert von diesem besonderen Umweltschutz-Projekt in mehrfacher Hinsicht:

- Kostenreduktion im Betrieb zur Stärkung der Marktchancen Essener Unternehmen
- Verbesserung der Wettbewerbssituation; dadurch Sicherung von Arbeitsplätzen

- Investitionsprogramm: Generierung von Aufträgen für die lokale (Umwelt-)Wirtschaft
- Beitrag zur allgemeinen Stärkung des Wirtschaftsstandortes
- Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation (Grundwasser, Flora, Fauna, Klima ...)
- Städtebauliche Effekte durch den Einsatz des Elements Wasser
- Marketingeffekte

Die EWG – Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH unterstützt und begleitet das Projekt Regenwasserbewirtschaftung.

### **3. Umweltmarketing**

Das optische Erscheinungsbild und damit das Image einer Stadt wird auch wesentlich durch die Qualität und Quantität ihrer Grünflächen bestimmt. Der Anspruch an einen hohen Qualitätsstandard in öffentlichen Grünanlagen ist aber in der heutigen Zeit nicht mehr in wünschenswertem Maße durch die Kommunen allein zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund geht die Stadt Essen gemeinsam mit der Essener Wirtschaft neue Wege.

Als erste Stadt in Deutschland hat Essen eine ökologisch orientierte Marketingpartnerschaft nach dem Prinzip Public-Private-Partnership konzipiert und initiiert. Öffentliche Grünflächen - z. B. Straßengrün, Parks, Biotope, Kinderspielplätze, Fuß- und Radwegeverbindungen und Wälder - werden in Partnerschaft mit der Wirtschaft gereinigt, gepflegt und entwickelt. Die kooperierenden Unternehmen erhalten in Anerkennung ihres Engagements aus der Hand des Oberbürgermeisters den Titel „Offizieller Umweltpartner der Stadt Essen“. Diesen Ehrentitel wird exklusiv vergeben und unterliegt definierten Qualitätsstandards. Den Umweltpartner-Titel können die Unternehmen dann auch für eigene Marketingkampagnen nutzen. Darüber hinaus trägt die Beteiligung am Projekt zur Aufwertung der jeweiligen Unternehmensadresse bei.

Aktuell unterstützen 18 offizielle Umweltpartnerschaften mit Wirtschaftsunternehmen dieses Projekt, das die EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH im Auftrag ihrer Gesellschafter managt.

### **4. Essener Umwelttagung**

Privates und unternehmerisches Engagement ergänzt oder ersetzt in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel auf vielen Feldern die Ausübung wichtiger Aufgaben der öffentlichen Hand. Dies spiegelt sich auch durch die Situation am Wirtschaftsstandort Essen wider. Privates Umweltbewusstsein, aber auch wirtschaftliche Unternehmensmotive äußern sich hier durch ein ganz besonderes Engagement - z. B. durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen - das die Umweltsituation in Essen stabilisiert oder sogar nachhaltig verbessert.

Die Essener Umwelttagung ist ein Instrument zur Koordinierung und Stabilisierung des Umweltengagements von Stadt, Bürgern und Wirtschaftsunternehmen am Standort Essen.

Die 5. Essener Umwelttagung an 1. März 2004 stellt inhaltlich die Aspekte zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten auf kommunaler Ebene in den Focus. Neben den grundlegenden rechtlichen Anforderungen werden die praktischen Formen und die Erfolge von Umweltsponsoring und Umweltstiftungen beleuchtet. Ziel der Veranstaltung 2004 ist insbesondere die Prüfung der Möglichkeiten zur Implementierung von Umweltstiftungen am bzw. für den Standort Essen.

Die 5. Essener Umwelttagung „Private Investitionen zum Umweltschutz“ wird durch das Umweltamt der Stadt Essen organisiert. Die EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH begleitet die Essener Umwelttagung und unterstützt die Stadt Essen u. a. bei der Bewerbung der Veranstaltung und der Teilnehmerakquise. Die Tagungsmoderation übernimmt das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU). Ermöglicht wird die Durchführung der Veranstaltung durch eine großzügige private Förderung.

## **5. Konzernziel Umweltschutz**

Die Stadt Essen hat bereits im Jahr 1999 den Schutz der Umwelt als stadt- und verwaltungspolitisches Leitziel des Konzerns Stadt Essen - also der Stadt Essen mit allen Ämtern, Verwaltungseinheiten, Beteiligungsgesellschaften etc. - festgelegt. Eine Zusammenführung der in den einzelnen Geschäftsbereichen, Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen gebildeten Umweltschutz-Einzelziele und der jeweiligen durchgeführten Maßnahmen ermöglicht zukünftig eine Koordinierung der Aktivitäten. Eine jährliche Bilanzierung der Fortschritte erfolgt auch in aggregierter Form für den gesamten Konzern Stadt Essen.

Eine interdisziplinäre, konzernweite Projektgruppe arbeitet seit 2003 auf breiter Basis an einem Zielsystem für das Konzernziel Umweltschutz in allen betroffenen Handlungsfeldern. Hierzu zählen die Bereiche Boden/Wasser/Luft, Natur-/Freiraumschutz, Energie, Verkehr/Mobilität, Anfallwirtschaft und viele andere mehr.

Aktuell werden übergeordnete Vorgaben zu durch den Konzern Stadt Essen beeinflussbaren Umweltschutzzielen entwickelt. Diese Vorgaben dienen als Grundlage einer gesamtstädtischen Steuerung des kommunalen Umweltschutzes und erleichtern den einzelnen Geschäfts- und Unternehmensbereichen die eigene Zielableitung und deren Operationalisierung. Ein gesamtstädtisches Steuerungssystem Umweltschutz dient der Erfolgsorientierung aller umweltbezogenen Aktivitäten.

## **6. SLE - StadtLogistik Essen**

Das Projekt SLE StadtLogistik Essen leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation in der Stadt Essen über eine stadtverträgliche Abwicklung des Güterverkehrs in die bzw. in der Innenstadt im Rahmen einer besonderen Kooperation von Spediteuren und Handelshäusern.

Die Grundidee der StadtLogistik Essen ist dabei eine Bündelung von eingehenden Sendungen in die Essener Innenstadt als auch von ausgehenden Sendungen an die Kunden. Eingebunden werden in diese Bausteine Versorgungsfahrten und Retouren sowie Werksverkehre. Ergänzend zur reinen Transportleistung werden von der

StadtLogistik Essen GmbH verkehrsrelevante Dienstleistungen (vorgelagerter Wareneingang, Kommissionierung, Lagerlogistik) angeboten.

Die Stadtlogistik Essen hat das Ziel, durch die Entwicklung zukunftsweisender Kooperations- und Güterverkehrsformen die Versorgung der innerstädtischen Handels- und Dienstleistungsbetriebe zu optimieren und durch Einsparungen im Wirtschaftsverkehr die Innenstadt von Liefer- und Entsorgungsverkehr zu entlasten. Die Vermeidung bzw. Reduzierung von LKW-Fahrten ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation in der Essener Innenstadt. Dieses „doppelte Ziel“ kombiniert also ökonomische und ökologische Ansätze und wird auch durch das zusätzliche Angebot von Dienstleistungen mit verkehrsrelevanten bzw. -entlastenden Auswirkungen verfolgt.

Bereits im Oktober 1997 erfolgte der Start der Kooperation StadtLogistik Essen SLE im Rahmen eines Modellversuches Stadtlogistik NRW. Der Modellversuch wurde u. a. durch das Land NRW, die Stadt Essen, die IHK zu Essen und die EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH gefördert.

## **7. Flächenrecycling**

Insbesondere in dicht besiedelten Stadtregionen wie dem Ruhrgebiet ist der Schutz der verbliebenen Freiräume ein wichtiges Ziel des Umweltschutzes. Neben ökologischen Aufgaben leisten die Grünbereiche als „weiche“ Standortfaktoren aber auch einen wichtigen Beitrag zu den Qualitäten eines Wirtschaftsstandortes. Das Instrument des Flächenrecyclings - also z.B. die Konversion von altindustrialisierten Brachflächen zu modernen Technologiestandorten - dient somit sowohl der Umwelt, aber auch indirekt den Unternehmen eines Wirtschaftsstandortes. Die Stadt Essen setzt daher verstärkt auf das Instrument Flächenrecycling und vermeidet gezielt die Entwicklung von Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“.

Ein gelungenes Beispiel für diesen Ansatz stellt das Projekt M1 Gewerbepark Essen dar. Bereits 1991 kaufte die Stadt Essen ein ca. 240.000 m<sup>2</sup> großes Industrieareal im nördlichen Stadtgebiet und sicherte sich damit die Chance, an einem „Eingangstor“ zum Stadtgebiet in einer städtebaulich wichtigen Lage attraktive Stadtentwicklung zu betreiben.

Um die Flächen rings um die große Maschinenhalle 1 (M1) der ehemaligen Krupp'schen Lokomotiv- und Waggonbaufabrik marktreif aufzubereiten gründeten die EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH und die Sparkasse Essen im Rahmen einer Public-Private-Partnership die ProEss Projektentwicklungsgesellschaft Essen mbH.

Die ProEss stellte sich den Herausforderungen des Strukturwandels mit einem neuartigen Konzept. Hauptziel des Entwicklungsansatzes war die Schaffung einer „Adresse“, eines hochwertigen Gewerbebestandes in einer hervorragenden Lage. Dabei spielten neben städtebaulichen und architektonischen Überlegungen insbesondere auch Umweltaspekte eine bedeutende Rolle. Wesentliche Elemente der Entwicklung des Projektes M1-Gewerbepark Essen sind:

- Planung in einem ganzheitlichen Ansatz
- Freiraumkonzept als integraler Bestandteil der Gesamtkonzeption
- Fortführung des Freiraumes in Gewerbeflächen: 30 % der Grundstücke bleiben grün!
- Begleitende Qualitätssicherung I: Vorgabe eines Gestaltungshandbuchs
- Begleitende Qualitätssicherung II: Städtebauliche Oberleitung

Der Standortfaktor Umwelt wurde im M1-Gewerbepark Essen besonders betont. Zu den Einzelmaßnahmen zählen u. a.:

- Verzahnung des Bestandsgrüns mit den (neuen) Grünflächen des Gewerbparks
- Betonung/Akzentuierung der Verkehrswege durch Alleen und Baumgruppen
- Einsatz von Elementen der Regenwasserbewirtschaftung
- Anlage von Fuß- und Radwegen

Unter diesen Rahmenbedingungen wurde 1995 zur Entwicklung des Projektes die größte Baustelle Essen eingerichtet. Nach der Erstellung eines Gründungspolsters und der Fertigstellung von Straßen, Kanälen und Grünanlagen ergaben sich ab Mitte 1997 ideale Startbedingungen für die anzusiedelnden Unternehmen. Der ProEss gelang auf diese Weise gemeinsam mit weiteren Partner die Wiedergewinnung eines wertvollen Stückes Stadt. Die Lage M1-Gewerbepark hat sich als eine hervorragenden Adresse etabliert. Das Entwicklungskonzept hat den M1-Gewerbepark Essen zu einem erfolgreichen „Selbstläufer“ gemacht; die Flächen konnten in wenigen Jahren fast vollständig vermarktet werden.

Ansprechpartner:

Dr. Erich Bauch, EWG - Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH  
Email: Erich.Bauch@ewg.de

Hartwig Steinbrink, Leiter des Amtes für Umweltschutz der Stadt Essen  
Email: hartwig.steinbrink@umweltamt.essen.de

*Stadt Osnabrück*

## **1. Nachhaltige Problemlösungen in Osnabrücker Unternehmen**

Seit mehreren Jahren setzt sich der Arbeitskreis Wirtschaft der Lokalen Agenda in Osnabrück für nachhaltiges, innovatives Wirtschaften ein. Und so ist produktions-integrierter Umweltschutz für viele Unternehmen in Osnabrück nicht nur ein Schlagwort. Es existieren nicht nur kompetente Dienstleister, die entsprechende Produkte und das notwendige Know-How vermitteln - zukunftsorientierte Techniken und Verfahrensweisen kommen auch zum Einsatz. Um den Anspruch, die „Umweltschutzregion Osnabrück“ zu sein, zu untermauern, hat es sich der Arbeitskreis Energie zur Aufgabe gemacht, die vielfältigen Ansätze fortlaufend zu dokumentieren. Ob rationelle Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung, Nutzung von Solarenergie, ökologisch orientierte Management- und Abfallentsorgungskonzepte - alle Projekte regen zur Nachahmung an: Auf der Webseite [www.ristus.cut-os.de/agenda21](http://www.ristus.cut-os.de/agenda21) finden sich zu der Vielzahl der nachhaltigen An-

wendungen detaillierte Hinweise zur Technik und Organisation sowie Informationen über Ansprechpartner und Fördermöglichkeiten. Der Arbeitskreis Wirtschaft möchte mit diesem Projekt einer Dokumentation nicht nur die Offenheit für Innovationen im Osnabrücker Raum und die Nachfrage nach Umweltschutzprodukten bzw. entsprechender Dienstleistungen fördern, sondern auch regionale Kooperationen initiieren.

## **2. Freiräume für neue Ideen Centrum für Umwelt und Technologie Osnabrück C U T**

### *Das Konzept - Vorbildliche Rahmenbedingungen für einen guten Start*

Die Qualität unserer Zukunft hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, technischen Fortschritt und den Schutz unserer Umwelt in Einklang zu bringen. Neue technische Entwicklungen müssen sich primär an ihrer Umweltverträglichkeit messen lassen.

Auf Grund dieser Vorgaben hat das Centrum für Umwelt und Technologie Unternehmen mit Innovationsfähigkeit, Einsatzwillen und Risikobereitschaft. Die Unternehmen benötigen Unterstützung. Das C U T stellt Kontakte zur Wirtschaft, Universität und anderen Forschungseinrichtungen her und unterstützt auch in der Öffentlichkeitsarbeit, bis hin zur Präsentation ihrer Produkte oder Dienstleistungen auf Messen im In- und Ausland (z. B. VR China, Japan, CEBIT, HMI und Solar Energy).

Darüber hinaus bietet es Innovations- und Fördermittelberatung, Vermietung von Betriebsräumen, Koordinierung von Gemeinschaftsprojekten im Umweltbereich der Firmen und des Centrum.

Unter dem Dach der beiden neuen Gebäude, die selbst vorbildlich sind in der Bauökologie ist Platz für Firmen, die sich im Umweltbereich bewegen.

Auf dem Dach ist eine ca. 400 qm große Fotovoltaikanlage (eine der größten im nordwestdeutschen Raum) installiert.

Die Dienstleistungen und Produkte der Unternehmen bewegen sich im Bereich Analytik, Dienstleistung und Anlagebau.

Hinzugekommen ist die RIS-Transferstelle Umweltschutz (RISTUS), die den produktionsintegrierten Umweltschutz greifbar machen soll. Denn mit produktionsintegriertem Umweltschutz wird der Einsatz wertvoller Ressourcen verbessert und Umweltbelastungen sollen bereits im Verlauf der Produktionsprozesse reduziert werden. Ziele und Maßnahmen sind Bestandteil der Aufgabenstellung der Transferstelle im Centrum für Umwelt und Technologie Osnabrück.

Ziele von RISTUS:

- Bewusstseinsbildung
- Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- Information und Dialog

- Technologietransfer
- Erschließung neuer Märkte

Die Ziele werden wie folgt erreicht:

- Veranstaltungen, Seminare und Workshops
- Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft der Region Weser-Ems
- Internetdarstellungen und Datenbanken werden laufend koordiniert und optimiert
- Umweltwirtschaft bei überregionalen und internationalen Marketingmaßnahmen unterstützen

Die Themenkomplexe der RISTUS-Seminarreihe zum Produktionsintegrierten Umweltschutz umfasst folgende Bereiche:

- Abfall, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- Abwasser, Frischwasser
- Energie, Emissionen Luft/Lärm
- Produktintegrierter Umweltschutz, Anlagentechnik
- Betriebliche Organisation, Rahmenbedingungen, Gesundheitsschutz

Ansprechpartner:

Wolfgang Gurk, Stellv. Geschäftsführer, WFO Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH  
Email: gurk@wfo.de

*Stadt Augsburg*

## **1. Nachhaltiges Wirtschaften:**

### **Ökoprofit**

Ökologisch arbeiten und trotzdem den Profit erhöhen ist das Ziel von ÖKOPROFIT. Das ursprünglich aus Graz stammende **ÖKO**logische **PRO**jekt für Integrierte Umwelt**TE**chnik ist ein Umweltberatungsprogramm für Unternehmen.

In Deutschland wurde ÖKOPROFIT erstmals ins München durchgeführt. Die Initiative zur Umsetzung von ÖKOPROFIT in Augsburg ging von der „Lokalen Agenda 21 für ein zukunftsfähiges Augsburg“ aus. Nachdem 2001 bereits 15 Betriebe erfolgreich teilgenommen haben, konnten im Herbst 2003 wiederum 18 Unternehmen ausgezeichnet werden.

In gemeinsamen Workshops bearbeiten die teilnehmenden Betriebe umweltrelevante Themen, erheben dazu betriebseigene Daten und Kennzahlen. Mit professioneller externer Beratung werden Schwachstellen und Einsparpotentiale in den Betrieben ermittelt und gemeinsam mit Umweltberatern Lösungen erarbeitet, mit denen beteiligte Unternehmen Kosten senken und die Umwelt entlasten.

Im ÖKOPROFIT-Klub werden entwickelte Instrumente fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Kooperationspartner des Projektes ÖKOPROFIT Augsburg sind das Umweltamt der Stadt Augsburg, die Industrie und Handelskammer für Augsburg und Schwaben, der Förderverein KUMAS e.V. und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz (LfU).

## **2. KUMAS - Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben e.V.**

Der Förderverein KUMAS e.V. vereint alle wichtigen Träger des Umwelt-Know-Hows in Schwaben zu einem Netzwerk Umweltkompetenz.

Es ist gelungen, im Konsens alle wichtigen Träger aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, Verwaltung und Politik einzubinden.

Die KUMAS-Netzwerkpartner arbeiten gemeinsam, um die Region Schwaben als bayerisches Kompetenzzentrum für Umwelt dauerhaft zu etablieren, bestehende Stärken auszubauen und die Region zu stärken.

KUMAS e.V. hat zur Bündelung der Aktivitäten Schwerpunkthemenfelder definiert, in denen es ein besonderes Potential sieht, die Region nachhaltig zu entwickeln und zu stärken. Diese Schwerpunkthemenfelder sind:

- Umweltunternehmensgründung
- Erneuerbare Energien
- Umweltbildung
- Umweltmedizin
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Umweltökonomie
- Umweltbiotechnologie

Weitere Informationen erhalten Sie über [www.kumas.de](http://www.kumas.de), E-Mail: [info@kumas.de](mailto:info@kumas.de).

## **3. Umwelttechnologisches Gründerzentrum Augsburg (UTG):**

Ein wesentlicher Baustein im Umweltkompetenz-Zentrum Augsburg-Schwaben ist das Umwelttechnologisches Gründerzentrum UTG. Das UTG konzentriert sich auf Existenzgründer und junge Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen aus dem Bereich Umwelt und Umwelttechnologie, mit dem Ziel junge Unternehmen in einem zukunftsfähigen Bereich zu fördern.

Getragen wird das Umwelttechnologisches Gründerzentrum in Augsburg vom Freistaat Bayern, von der Stadt Augsburg, der IHK für Augsburg und Schwaben und der Handwerkskammer für Schwaben.

## **4. Umweltmedizinisches Zentrum beim Klinikum Augsburg**

Umweltmedizin befasst sich mit den Einflüssen der verschiedensten Umweltfaktoren auf die menschliche Gesundheit.



Das Augsburger Zentralklinikum entwickelt in Kooperation mit zehn Kliniken den Bereich Umweltmedizin. Dazu gehören umweltmedizinische Langzeitstudien wie

- MONICA (Monitoring of Trends and Determinants in Cardio-vascular Disease, seit 1983),
- KORA (Kooperative Gesundheitsförderung in der Region Augsburg) und
- MIRIAM (Multizentrische Internationale Studie zur Risikoabschätzung von Innenraumluft- und Außenraumluftverunreinigungen für Allergie- und Ekzemorbidity).

Geplant ist außerdem ein Projekt zum Einfluß aerogener Schad- und Allergenbelastungen auf Entstehung, Entwicklung und Ausprägung allergischer Hauterkrankungen, insbesondere von atopischen Ekzemen ("Neurodermitis"), das in das internationale ISAAC Programm (International Study of Allergy and Asthma in Childhood) eingebunden ist.

## **5. Bayerisches Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik GmbH (BifA):**

Das BifA besteht seit 1991 und ist ein Forschungs-, Entwicklungs-, Ingenieur- und Beratungsunternehmen auf nationalen und internationalen Umweltmärkten. Es verfolgt neben der Optimierung des vor- und nachsorgenden Umweltschutzes auch die Vermittlung von Know-How und Technologie ins Ausland. Das BifA verbindet Forschung und Praxis. Am Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik werden theoretische Lösungskonzepte erarbeitet, die technisch möglich und auch wirtschaftlich umzusetzen sind.

Ansprechpartner:

Dr. Alois Betz, Leiter des Umweltamtes der Stadt Augsburg  
Email: [umweltamt.stadt@augzburg.de](mailto:umweltamt.stadt@augzburg.de)

## *Stadt Wuppertal*

### **1. Jour Fixe Wirtschaft**

Planungs- und Investitionsvorhaben von Wirtschaftsunternehmen werden als Chefsache gehandelt. Dazu ist ein wöchentlich tagender Jour Fixe Wirtschaft eingerichtet, an dem Wirtschaftsförderung, Stadtplanung, Bauordnung und Umweltressort teilnehmen. Grundsatzfragen werden in einem Unterausschuss Wirtschaft des Verwaltungsvorstandes erörtert, in dem neben dem Oberbürgermeister, der Stadtdirektor, die Geschäftsbereichsleiter Planung und Umwelt sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Vertreter der o.g. Fachressorts vertreten sind.

## **2. Wuppertaler Umweltinitiative**

Die Wuppertaler Umweltinitiative ist ein Zusammenschluss Wuppertaler Unternehmen, Institutionen und der Stadt Wuppertal mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Die entsprechende Selbstverpflichtung wurde inzwischen von 48 Unternehmen, Institutionen sowie der Stadt unterzeichnet. Die verfolgt durch Workshops, regelmäßige Koordinierungsgespräche und öffentliche Veranstaltungen folgende drei Ziele:

- a) für eine umwelt- und nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensführung zu werben,
- b) ein Netzwerk solcher Unternehmen und Institutionen zu entwickeln und den Erfahrungs- und Wissensaustausch zu fördern,
- c) für gute Standortbedingungen und Entwicklungschancen einschlägiger Unternehmen in Wuppertal zu sorgen.

Ansprechpartner:

Erwin Rothgang, Stadt Wuppertal, Ressort Umweltschutz  
Email: [erwin.rothgang@stadt.wuppertal.de](mailto:erwin.rothgang@stadt.wuppertal.de)